



Mehr Geld für weniger Flüchtlinge

Bericht: Julia Cruschwitz, Tobias Wilke

In Gelsenkirchen treffen wir viele Flüchtlinge wie diese vier. Die Syrer waren nach ihrer Ankunft in Deutschland auf die östlichen Bundesländer verteilt worden. Nach ihrer Anerkennung wollten sie so schnell wie möglich von dort weg.

Mahmoud Talge: Kein Kontakt mit anderen Leuten dort, sehr, sehr schwierig. Ich war in Weißwasser, bei Görlitz, sechs Monate lang.

Familie Doughani wurde bei der Erstzuweisung ins Seebad Sellin an der Ostsee geschickt, im September 2015. Nur ein halbes Jahr später zogen sie in den Westen.

FAKT: Was ist denn jetzt besser in Gelsenkirchen?

Samar Akil: Zuerst: Meine Schwester ist hier. Mein Kopftuch. Ich wurde immer komisch angekuckt. Das hat mich gestört. Viele Freunde hier, viel Kontakt.

Wie Familie Doughani zog es insgesamt über 1.000 anerkannte Flüchtlinge aus dem Osten Deutschlands allein nach Gelsenkirchen – und das nur im vergangenen Jahr. Das Geld vom Bund für ihre Unterbringung kassierten aber weiterhin die Ost-Bundesländer.

Das ärgert den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen. Er hat deswegen saftige Rechnungen an die Ost-Ministerpräsidenten verschickt.

Frank Baranowski, SPD, Oberbürgermeister Gelsenkirchen

Es hat eine Geldzahlung des Bundes gegeben für Flüchtlinge, für die Integration, die Unterbringung, Unterkunft von Flüchtlingen, die gar nicht da gewesen sind, also quasi Phantomflüchtlinge. Und ich halte es für moralisch nicht in Ordnung, dass dieses Geld behalten wird, woanders die Kosten angefallen sind und es steht nirgendwo geschrieben, dass man nicht diese solidarische Zahlung leisten kann.

Er fordert für seine Stadt wenigstens die Übernahme der Mietkosten zurück: 1,8 Millionen Euro - die andere kassierten. Hinzu kommen Kosten für Integration und Sozialwohnungsbau. Diese Mittel werden genauso auf die Länder verteilt wie die Flüchtlinge, als sie noch Asylbewerber waren – nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel. Also nach Einwohnerzahl und Steueraufkommen der Bundesländer. Vor Inkrafttreten der Wohnsitzauflage zogen viele von Ost- nach Westdeutschland. Das Geld floss aber weiter in den Osten. Es geht um Mietkosten für 1.167 Gelsenkirchener „Phantomflüchtlinge“.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Das für diese Wohnkosten zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestätigt auf FAKT-Anfrage: die Mittel wurden unabhängig von den angefallenen Kosten ausgezahlt, Zitat: „Eine Überprüfung der tatsächlich verausgabten Mittel wird es für das Jahr 2016 nicht geben.“

Auf Solidarität aus Ostdeutschland hat man in Gelsenkirchen bislang vergeblich gehofft.

Frank Baranowski, SPD, Oberbürgermeister Gelsenkirchen

Die Reaktionen gehen von: gar keine Reaktion bis hin zu: das sei rechtlich gar nicht möglich oder auch die Frage: Ob wir das ernst meinten. Ich meine das durchaus ernst, denn es sind 1,8 Millionen Euro, die den Haushalt der Stadt Gelsenkirchen belasten.

Dabei ist diese Summe nach FAKT-Recherchen nur die Spitze des Eisberges. Insgesamt 2,9 Milliarden Euro stellte der Bund den Ländern allein im vergangenen Jahr für Unterbringung, Wohnungsbau und Integration zur Verfügung – für anerkannte Flüchtlinge nach Abschluss ihres Verfahrens. Zur Erinnerung: das Geld wird verteilt nach dem Königsteiner Schlüssel - wie die Asylbewerber nach ihrer Ankunft in Deutschland.

Das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hält dieses Verteilsystem in dem Fall für denkbar ungeeignet – nicht nur wegen der Umzüge von Flüchtlingen.

Prof. Joachim Ragnitz, ifo Institut Dresden

Die ankommenden Flüchtlinge, die irgendwo in Unterkünfte gebracht werden mussten, werden erstmal auf die Länder nach diesem Königsteiner Schlüssel verteilt, um die Belastung in den einzelnen Ländern ungefähr gleich zu haben. Wenn man dann auch sagt, dann werden die Gelder dementsprechend verteilt, ist das für diesen ersten Schritt durchaus sinnvoll. Allerdings, es hat sich ja gezeigt, die Anerkennungsquoten sind in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Wenn dort auch weiterhin Gelder nach Königsteiner Schlüssel verteilt werden, ist das in diesem Falle völlig fehl am Platz.

Eine Studie der Universität Konstanz zeigt: In Sachsen werden deutlich weniger Asylbewerber anerkannt als in den meisten anderen Ländern. Die höchste Anerkennungsquote hat das Saarland mit knapp 70%.

Wegen dieser großen Unterschiede und der Wohnsitzwechsel haben Bundesländer mit verhältnismäßig vielen Flüchtlingen absurderweise weniger Geld für deren Integration zur Verfügung als solche mit besonders wenigen. So bekam Sachsen nach FAKT-Recherchen für 19.600 anerkannte Flüchtlinge rund 147 Millionen Euro Bundesmittel, das Saarland dagegen für 17.300 Flüchtlinge nur 35 Millionen.

**Prof. Joachim Ragnitz, ifo Institut Dresden**

Integrationsmaßnahmen kosten Geld und dementsprechend müssen die Gelder auch bereitgestellt werden. Die müssen natürlich dahin fließen, wo die Menschen auch tatsächlich sind und wo sie in entsprechende Maßnahmen aufgenommen werden müssen. Das heißt, es muss darum gehen, die Gelder bedarfsgerecht zu verteilen und nicht nach irgendwelchen pauschalen Kriterien.

Wie eine solche „bedarfsgerechte Verteilung“ aussehen könnte, hat FAKT ausgerechnet. Teilt man die Bundesmittel durch die Anzahl der 2016 in Deutschland lebenden, anerkannten Flüchtlinge, ergibt sich ein Betrag von rund 4.800 Euro pro Person (€ 4.812,38). Nach dem derzeitigen Schlüssel jedoch weichen die Mittel von diesem Wert deutlich ab. Nach FAKT-Recherchen hatte der Spitzenreiter Sachsen 2016 pro Flüchtling mit rund 7.500 Euro fast viermal so viel Geld zur Verfügung wie das Schlusslicht Saarland rund mit 2.000 Euro.

Hinzu kommt: ob die Bundesmittel für Flüchtlinge auch tatsächlich für diese eingesetzt werden, ist unklar. Das Sächsische Finanzministerium antwortet auf FAKT-Anfrage:

„Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Bundesmittel nicht zweckgerichtet für „anerkannte Flüchtlinge“, also Asylberechtigte geleistet werden (...) Auf eine ungerechte Verteilung der Bundesmittel kann man insofern deshalb nicht schließen.“

Der Bund kann den Ländern also nicht vorschreiben, die Flüchtlingsmittel auch wirklich für Flüchtlinge zu verwenden. Es könnten damit auch Haushaltslöcher gestopft werden. Nach dieser Lesart wäre tatsächlich egal, wo wie viele Menschen untergebracht und integriert werden müssen. Die Mittel werden dieses Jahr übrigens noch erhöht: auf 3,4 Milliarden Euro.